

»Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.

Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Laßt uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Laßt uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!

Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.«

Bertolt Brecht (1952)

Eigentum des
Stadearchivs Heilbronn

Frida

Nr. 1



Januar

85

Vorwort

moment-
mal

Heilbronn, den 21.12.1984

Viele von euch werden sich wahrscheinlich über das wundern, was sie da jetzt vor sich liegen haben. Keine Angst. Wir beißen nicht. Nicht euch!

Dies stellt der Beginn unseres Beitrags zum Jahr 1985, dem Jahr der Jugend, dar.

Wir hoffen auf viel Resonanz eurerseits. Laßt uns wissen, ob ihr das von uns gestartete Projekt, ein Rundbrief für Antimilitaristen/Friedensbewegte im Stadt- und Landkreis Heilbronn und darüber hinaus, für sinnvoll haltet.

Kritisiert uns, schickt Infos, Artikel und Termine, die euch für die Veröffentlichung wichtig sind. Falls ihr den Rundbrief nicht wollt oder andere Menschen kennt, die Interesse daran haben könnten, laßt uns das bitte wissen. Abgebühren wird es vorerst nicht geben. Wir hoffen auf eure Spendenbereitschaft, sollte euch dieses Blättchen was bedeuten. Der 2te Rundbrief wird im Febr. erscheinen. Wir wünschen euch schöne Tage und viel Kraft im neuen Jahr.

Tschüß

PS: Unsere "Freunde" auf der Waldheide machten den HNern ein bombensicheres Weihnachtsgeschenk. Zu Beginn dieser Woche stellten sie zum 2ten Mal Pershing II-Raketen innerhalb einer Alarmübung im Stadtgebiet auf (zwischen Frankenbach und Kirchhausen). Am Do., den 20.12., wechselten sie abends ihre Stellung, fuhren die B37 weiter, durch Kirchhausen, und stellten sich in den Stockachwald (zwischen Kirchhausen und Fürfeld), wieder direkt an der Bundesstraße.

Es gibt noch viel zu tun!

IMPRESSUM

Dieser Rundbrief wird von FRIDA, Friedensbüro in Heilbronn mit einer Auflage von ca. 100 Stück herausgegeben. Er wird an Friedensgruppen in und um HN verteilt.

Kontaktadresse: FRIDA
Werderstr. 142
71 Heilbronn
Tel. 07131 / 85371

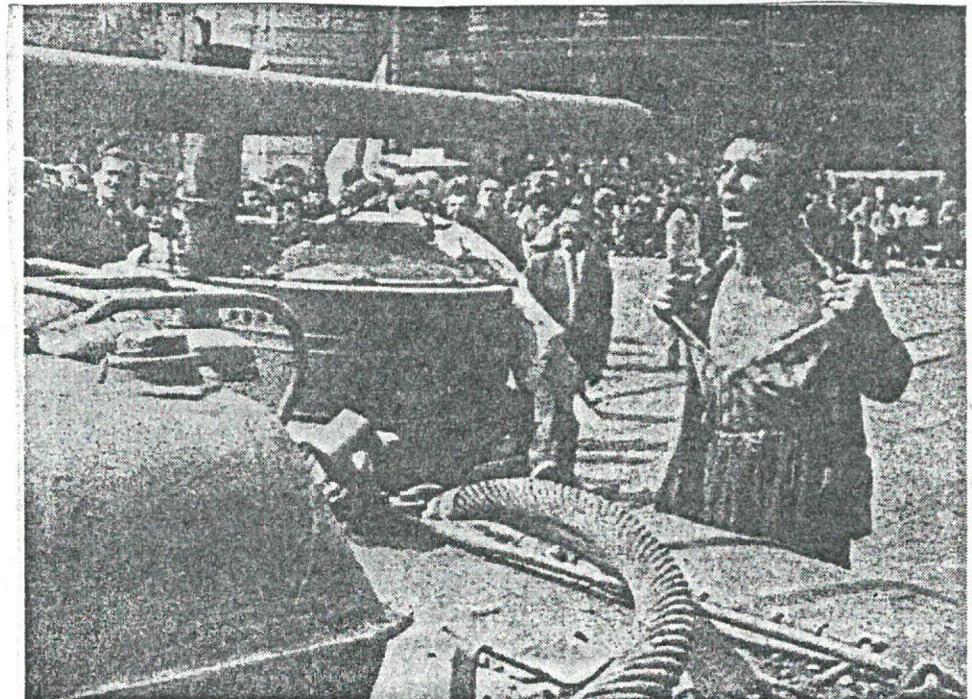
Der Versuch einer Selbstdarstellung

Ziviler Ungehorsam ist derzeit in HN nicht angesagt. Was sich aber schnell ändern kann. Betrachten wir die moderne Struktur von Macht/Herrschaft und ihre gesellschaftliche Verankerung in den westlichen Zentren, so scheint uns das Widerstandskonzept des zivilen Ungehorsams (ZU) als einziges angemessen zu sein. (genaue Analyse folgt). Angesichts der ungeheuren Vielfalt von existierenden Gefahren in den unterschiedlichsten Bereichen (z.B. Umwelt-, Sozial-, Militärbereich) und der noch wenig ausgereiften Widerstands- und Protestformen verschärft sich für uns die Notwendigkeit, die Debatte um den ZU wieder aufzunehmen. Dies steht

bisher noch aus. Von der "Straße" aus muß den Herrschenden mit dem realen Entzug der Staatsloyalität gedroht werden können.

Wir wollen mit unserer Arbeit nicht an Einzelproblemen reformistisch wirken, sondern eine systemoppositivell Grundhaltung und Praxis weiter fördern. (guter Satz - abgeschrieben) Eine begrenzte Regelverletzung, wie sie bisher in HN und anderswo praktiziert wurde, ist dabei nur ein Teil eines umfassenderen Konzepts von ZU.

Für uns bedeutet dies, einen regelmäßigen in den Alltag eingebundenen Widerstand (anzustreben), beziehungsweise, die mög-



„der Tag, an dem der „Prager Frühling“ durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei sein jähes Ende fand. Dieser Arbeiter ruft der Besatzung eines Panzers vor dem Prager Universitätsgelände zu, auf Wehrlose zu schießen. Später fielen dann Schüsse, von denen er tödlich getroffen wurde.“

Steine, wieso schmeißen die jetzt nicht mit Steinen?!

Die ganze öffentliche Wirkung unseres Einsatzes ist zum Teufel!



lichen Konsequenzen (Kriminalisierung) in unseren Lebensrhythmus einzuplanen.

Für einen erfolgreichen ZU ist es aber auch unabdingbar, daß unsere Aktionen so gestaltet sind, daß sie für die Bevölkerung verständlich vermittelt werden und zum mitmachen anregen.

Gerade jetzt, wo eine Vereinbarung der letzten außerparlamentarischen Bewegungen durch die Grünen droht, ist es notwendig, den Druck von der "Straße" zu verstärken, um dadurch den Anspruch von Basisdemokratie zu verwirklichen.

Etwas anders formuliert: a kreizle fir di Grine langt nolangnet !!

Kurz unsere kurze Geschichte: Einige von uns waren schon vor der Friedensbewegung in der Friedensarbeit tätig. Während des heißen Herbstes waren wir in verschiedenen Bezugsgruppen an der Blockade auf der Waldheide und bei anderen Aktionen beteiligt, einer wirkte ein halbes Jahr am Aufbau des Widerstandes in Mutlangen mit.

Erste gemeinsame Aktion war im Frühjahr 84 die regelmäßige Beobachtung der Vorgänge auf der Waldheide und die Öffentlichkeitsarbeit zum Beginn der Stationierung von Pershing II-Raketen in HN. Daraus entstand die nun an jedem Sonntag nachmittag stattfindende Mahnwache vor dem Tor des "Sondermunitionsdepot" (Waldheide).
Noch kürzer zusammengefaßt: Wir sind in HN tätige Antimilitaristen.

Schwerpunkte unserer Arbeit beruhen auf den beiden Tatsachen:

- die Pershing II, auf der Waldheide stationiert und als mobile Waffeneinheit tagtäglich auf unseren Straßen unterwegs
- der nichtvorhandene Informationsaustausch und die mangelnde Zusammenarbeit der Friedensgruppen in Stadt und Land HN

Das Waffensystem Pershing II ist Bestandteil der neuen Kriegsführungsstrategie "Air Land Battle" (Schwerpunkt eines nächsten Rundbriefes).

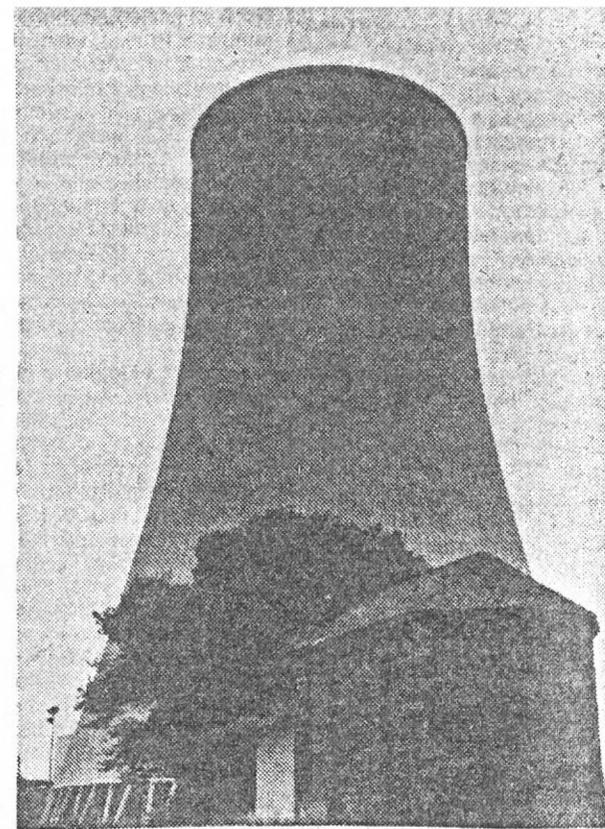
Das Konzept der 56. Brigade (Pershingeinheit) ist so aufgebaut, daß: 1/3 der Raketen abschussbereit in den QRA-Stellungen (quick reaction alert) stehen, so z.B. auf der Waldheide, 1/3 befindet sich in Reserve und 1/3 wird in den Wäldern der Region abschussbereit aufgestellt. Was dies heißt, ist wenigen klar. Die Bevölkerung ist ständig einer direkten Gefahr ausgesetzt. Zahlreiche Unfälle beweisen es: z.B. Feb. 81 in Sechselberg,

Nov. 82 in Walprechtsweiler In beiden Fällen mußten durch einen Unfall mit einem Pershingtransport die Orte evakuiert werden.

Sept. 84 Walkersbacher Tal Unfall mit Pershing II-Transport, bei dem die Rakete zerbrach. Diese Beispiele zeigen, daß hier Aufklärungsarbeit und Protest Not tut.

Durch Beobachten der Vorgänge auf der Waldheide, wollen wir herausbekommen, welche Wälder im Umkreis betroffen sind. Wir verteilen dort Flugblätter, knüpfen weitere Kontakte und regen bestehende Gruppen zur Eigeninitiative an. In jeder Region sollte Protest und Widerstand spürbar werden, letztendlich sollte die US-Armee nur noch unter großen Schwierigkeiten ihre Stellungen beziehen können. In einem Dorf, durch das sie durchfahren wollen, gehen die Leute mit Mülleimern, Schubkarren, Traktoren usw. auf die Straße, ein Waldstück, in das sie hineinfahren wollen, ist unpassierbar durch Gräben und auf dem Weg liegende Baumstämme. Vielleicht müßte dann die Stationierung, da politisch unvertretbar, zurückgenommen werden. Zugegeben, bis jetzt zum größten Teil noch Utopie und ein vielleicht langer Weg bis zur Realisierung dieser, aber erste Ansätze waren und sind erkennbar. Und wir wollen die Realisierung dieser Utopie vorantreiben.

Manche werfen uns vor, daß wir uns zu sehr auf die Atomraketen fixieren würden. Aber diese Region ist nun mal betroffen von den oben dargestellten Gefahren. Und wir sind der Über-



zeugung, daß man/frau mit der politischen Arbeit da ansetzen muß, wo es die Menschen persönlich betrifft. Es ist natürlich unser Bemühen, über diese persönliche Betroffenheit hinaus weitere Inhalte zu vermitteln. Aber um einen Zugang zu einem Menschen zu bekommen, ist dieser Schritt notwendig. Nun wollen wir nicht behaupten, daß dies der einzig mögliche Ansatzpunkt ist. Es gibt sicherlich noch andere. Der zweite Punkt ist, daß die von uns vorgestellte Vorgehensweise (soziale Verteidigung) in Bezug auf Pershing II-Raketen in fast allen anderen Bereichen auch genauso erfolgreich angewandt werden könnte. Ja sogar als Alternative zur militärischen Verteidigung. Jemand, der die Notwendigkeit eines ZU gegen Atomraketen einsieht und praktiziert, wird nicht an diesem Punkt stehen bleiben.

Der andere Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Koordination, Vernetzung und Informationsweitergabe zwischen den Gruppen und Einzelpersonen.

Wir wollen, wenn nötig (z.B. bei Verweigerungskampagne, Wintex-Manöver 85), die Zusammenarbeit fördern. Wir müssen uns eine Struktur schaffen, die es ermöglicht, über Jahre hinaus kontinuierlich zu arbeiten. Ein heißer Herbst allein bewirkt wenig Veränderung. Zu diesem Zwecke unterhalten wir in einer Wohngemeinschaft in einem Zimmer seit Nov.84 ein Friedensbüro. Wir sammeln hier Infos für und von Gruppen, insbesondere auch über die Militarisierung der Region, haben eine Materialauslage, eine Leihbücherei im Aufbau, Infos über rechtliche Themen und ein Telefondienst. Wir wollen in regelmäßigen Abständen diesen Rundbrief herausgeben, Veranstaltungen organisieren und Friedenskampagnen mitgestalten.

Außer diesen beiden Schwerpunkten befassen wir uns noch mit den Themen Wintex-Manöver 85 und der Verweigerungskampagne. Unserem Namen in Ehre (gewaltfreie Aktionsgruppe FRIDA) machen wir sonntäglich Mahnwache auf der Waldheide und ab und dann

Aktionen in HM (zuletzt am 4.12. auf dem Ehrenfriedhof) Und last not least: 2 von uns haben noch immer nichts eingesehen und gehen immer wieder nach Mutlangen.



Nun denkt bloß nicht "mensch, die sind aber fit". Um die uns gesetzten Aufgaben angehen zu können, sind wir auf Euer Interesse, Eure Mitarbeit, den Austausch mit Euch, Eure Informationen und vor allem auch auf Eure Spenden angewiesen.

Damit aus unserem Zimmerchen ein gewaltiger Friedensladen wird und damit unsere Kinder eine schönere Zukunft haben.

Unser Kampf für das Leben wird weitergehen

Adieu Eure FRIDA

⑥ WAS JEDE(N) TREFFEN KANN BETRIFFT JEDE(N)

FRIDA Finanzbericht

Für diejenigen die Unterstützer der FRIDA sind oder die es werden wollen, hier ein kurzer Stand der Gelder:

Pro Monat brauchen wir

120,-DM für Miete

ca.50,-DM für Telefon

100,-DM pro Rundbrief (oder mehr je nach Anfrage)
Druckkosten für Flugblätter
Büromaterial

Durch feste Spender kommen etwa 120,-DM rein

Dazu kommen Einnahmen Durch Infostände, Büchertische, einmalige Spenden etc.

Z.B. Nov./Dez. :

Einnahmen:

Spenden für Miete Nov.	120,-
Infostände u. sonstige Spenden	170,-
Spenden für Miete Dez.	120,-
Verkauf im Büro	29,-
Sonstige Spenden	121,-
Flohmarkterlös	205,-

765,-DM

Ausgaben:

2x Miete	240,-
2x Telefon	92,-
Druckkosten für Flugblätter	80,-
Infomaterial für Büro	9,-
Büromaterial	20,-
Briefmarken	60,-
Rundbrief	100,-

601,-DM

Derzeitiger Stand: 164,-DM

Da wir uns im Moment geldlich einschränken, reicht es gerade so. Aber wir haben eigentlich mehr vor, damit das Büro auch richtig ins Laufen kommt und auch andere Friedensgruppen mehr davon haben. Doch dazu brauchen wir mehr Geld ALSO

Spendenkonto:

Kreissparkasse Heilbronn Kto Nr.385440 Hermann Koller

⑦

Kleine Chronik

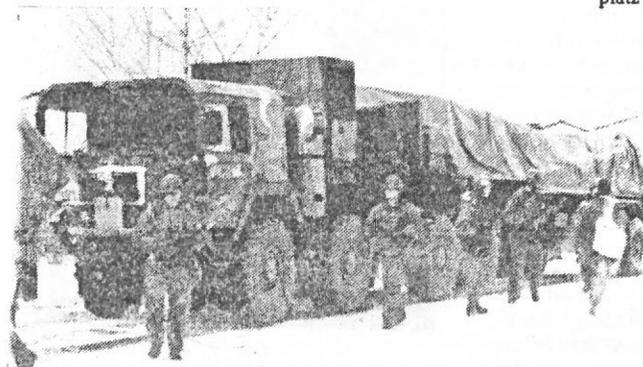
der Ereignisse

- 26.3.84 Erstmals Chinookhubschrauber bei Landung auf der Waldheide gesehen
- 28.3.84 Beginn der Bauarbeiten zur "Sicherheit" !
- 8.4.84 Bei der QRA-Stellung werden MAN-Transporter gesehen und eine nichtverdeckte Pershing II. Ab diesem Zeitpunkt ständige Personalkontrollen durch deutsche Polizei (Adressen werden an Militärpolizei weitergegeben). Einige Festnahmen und Fahrzeugdurchsuchungen.
- 9.4.84 Eine amerik. Sondereinheit rückt mit Baufahrzeugen an. Natodraht wird verdoppelt. Bau von Panzersperren.
- 11.4.84 GI's montieren an Pershing II.
- 15.4.84 Demo zur Waldheide - Kurzblockade. Sonntags-spaziergang ums Militärgelände.
- 19.4.84 Weder bestätigen noch dementieren wollen Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums und der amerik. Streitkräfte die Stationierung.
- 20.4.84 Blockaden mit dänischen Friedensfreunden.
- 24.4.84 Ein Raketenkonvoi steht startbereit im Natogelände. Gegen 24h war A8 Richtung HN gesperrt.
- 7.5.84 Raketen werden außerhalb der Waldheide (auf Truppenübungsplatz vor Donnbronn) gesichtet.
- 17.6.84 Platzbesetzung auf der Waldheide. 15 Leute werden von der Polizei rausgetragen und auf die Wache zur Personalienfeststellung gebracht.
- 9.7.84 - 27.7.84 Pershing II Manöver:
- 8./9.7. 6 Raketen in Mutlangen raus und 3 Stunden später in Heilbronn angekommen.
- 9./10.7. 23.15 Uhr 3 Raketen auf der Waldheide raus, die mit 60d.9 Raketen aus Straß bei Ulm um 2 Uhr in Mutlangen ankommen.
- 12./13.7. 3 Pershing II fahren von Mutlangen zur Waldheide und zurück.
- 19.7.84 Der Heilbronner Gemeinderat beschließt: Die auf der Waldheide stationierten oder gelagerten Atomwaffen sind aus kommunaler Sicht unerwünscht. Die Stationierung soll aufgehoben und in Zukunft nicht mehr erfolgen. Der HNER Oberbürgermeister wurde beauftragt, unverzüglich alles in die Wege zu leiten, damit Raketentransporte, sowie eventuell gesonderte Transporte von Nuklearsprengköpfen nicht mehr durch das Stadtgebiet erfolgen.soll.

- 13.8.84 Friedensmarsch Mutlangen-Bonn erreicht Heilbronn.
- 14.8.84 Kurzblockaden auf der Waldheide und Aktionen in der Stadtmitte.
- 9.10.84 3-4 Raketen stehen auf Truppenübungsplatz im Wald nahe der Waldheide.
- 15.10.84 3 Raketen mit Sprengköpfen stehen abschußbereit in einem Heilbronner Wald (Neckargartacher Wäldle)
- 17.10.84 Pershing II stehen wieder auf Truppenübungsplatz.
- 18.10.84 In der Gemeinderatssitzung erinnert FRIDA an den Beschluß vom Sommer durch ein Transparent: "Gemeinderat 19.7. Pershing II Transporte erwünscht - 15.10. Pershing II abschußbereit im Neckargartacher Wäldle"
- 20.10.84 Im Rahmen des Friedenssterns in Stuttgart kamen 2000 Menschen aus Bayern zur Umgehung des Depots auf die Waldheide.
- 23.10.84 10 Schwertransporter bringen Pershing-Teile in die QRA-Stellung.
- 30.10.84 9 Pershing II kommen aus Mutlangen an.
- 31.10.84 Beginn eines Pershing II Manövers im Süddeutschen Raum
Verschiedene Stellungen im Neckar-Odenwald Kreis werden mit je 3 Raketen von der Waldheide aus angefahren.
Ständig Ausfahrten in Wälder des Neckar-Odenwald Kreises.(s.Seite).
- 1.12.84
- 31.12.84 Erneutes Manöver

Wieder werden verschiedene Stellungen im Neckar-Odenwald Kreis angefahren.

MAN-Zugmaschine mit PII Raketen



US-Truppenübung HST 20.11.84

Die US-Streitkräfte führen vom 1. bis 31. Dezember in den Landkreisen Heilbronn, Hohenlohekreis, Rhein-Neckar-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis als auch im Stadtkreis Heilbronn jeweils an drei Tagen, ausgenommen an den Wochenenden, eine Feldübung durch. In den Stadtteilen Biberach, Frankbach, Horkheim und Kirchhausen können Ersatzansprüche für Manöverschäden unter 1000 Mark innerhalb einer Frist von 14 Tagen beim zuständigen Bezirksamt angemeldet werden. In den übrigen Stadtteilen sowie bei Schäden über 1000 Mark können die Ansprüche innerhalb von 3 Monaten beim Amt für Verteidigungslasten in Heilbronn, Marktplatz 11, geltend gemacht werden. HST

Die Pershing II vor unserer Haustür

US-Raketstellungen im Odenwald und Kraichgau

Communale vom 15. 11. 84
(Heidelberger Wochenzeitung)

Seit etwa einer Woche ist die Bedeutung Heidelbergs für sowjetische Militärstrategen gewaltig gestiegen. Allerdings nicht in seiner Eigenschaft als Touristenattraktion oder Standort des US-Hauptquartiers, sondern als Bombenziel. Denn Heidelberg, genauer gesagt seine benachbarten Wälder, dienen als Abschlußrampen für amerikanische Pershing-II-Raketen, die nach dem Nachrüstungsbeschluß auf deutschem Boden stationiert wurden. Was Landratsamt, Gemeindeverwaltungen und Forstdienststellen, freilich nur in groben Zügen, schon seit längerem bekannt war, bereitete manchen Spaziergängern, die im Kleinen Odenwald und im nördlichen Kraichgau auf schwerbewaffnete US-Soldaten stießen, einen Schock und die beunruhigende Erkenntnis: Der Krieg beginnt im eigenen Naherholungsgebiet.

An „Allerseelen“ verließen sechs Pershing-II-Transporter mit Begleitfahrzeugen ihren Standort bei Heilbronn und bezogen in den folgenden Tagen verschiedene Stellungen im Kraichgau. Nach einem Aufenthalt bei Hüffenhardt teilte sich die Truppe in zwei Züge mit jeweils drei Raketen, die sich nacheinander bei Helmstadt-Bargen, Flinsbach, der Sinsheimer Kreis- und Neckargemünd verschanzten.

Deutsche Amtsstellen war zuvor von US-Militärs lediglich mitgeteilt worden, es handle sich um eine Bereitschaftsübung des 3. Bataillons der 84. Feldartillerie aus Neckarsulm mit 900 Mann, 250 Fahrzeugen und einem Hubschrauber. Von der tödlichen Fracht, die die US-Soldaten auf ihren Lastwagen mitführten, war offiziell nichts bekannt.

Um so größer war die Aufregung in den Reihen der Friedensbewegung, als durch sachverständige Beobachter der wahre Charakter der Übung offensichtlich wurde. Die Brisanz der

Manöver wurde zudem durch die Präsenz deutscher Polizei unterstrichen, die wohl eine doppelte Aufgabe hatten: die US-Soldaten vor deutschen Zivilisten zu schützen und die Deutschen vor den Amerikanern zu behüten. So warnten bei Sinsheim Polizisten etliche Spaziergänger, am Abend ihren Weg durch den Wald fortzusetzen, mit der Bemerkung: „Wir fahren nur mit Blaulicht durch, da auch wir sonst beschossen werden.“

Rund 100 Demonstranten protestierten am Dienstag letzter Woche in Hoffenheim gegen die Kriegsübung



Wildtollwut
Gefährdeter
Bezirk

Pershing-II
Raketen
heute in
Hoffenheim
Großer Wald

»Eingriff in das Leben der Bevölkerung«

Communale vom 15. 11. 84
(Heidelberger Wochenzeitung)

Einen sogenannten „Berichts Antrag“ brachte der Heidelberger Abgeordnete der Grünen, Andreas Bernstorff am vergangenen Mittwoch aus Anlaß der US-Manöver im Kraichgau im Landtag ein. Wir veröffentlichen im folgenden den Wortlaut dieses Antrags, den der Abgeordnete mit Friedensgruppen aus der betroffenen Region abgesprochen hatte.

Hat die Regierung davon Kenntnis, daß vom 5. bis 8. November 1984 im Kraichgau an verschiedenen Stellen zwischen Sinsheim und Aglasterhausen und Neckargemünd sechs Raketenzüge (Pershing II) hingefahren wurden und in den Wäldern Stellung bezogen?

Treffen Informationen von Polizeibeamten zu, wonach der Kraichgau für weitere zwei Monate bevorzugtes Übungsgebiet für Pershing-II-Raketen aus dem Standort Waldhaide bei Heilbronn sein soll?

Wieviele dieser Raketen führten Atomsprengköpfe mit sich?

Zu welchen Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs ist es gekommen?

Wie hoch sind die Flurschäden?

Worin bestehen sie, wie sind sie finanziell einzuschätzen und wie werden sie entgolten?

Was gedenken die Behörden gegen das Hinterlassen von Müll (Flaschen, Dosen, Kabelstücke u.ä.) an sämtlichen betroffenen Orten (z.B. zwischen Dilsberg und Langenzell, nördlich von Eschelbronn-Neidenstein, „Großer Wald“ nördlich von Hoffenheim, südlich von Flinsbach sowie nordöstlich von Helmstadt-Bargen) zu unternehmen?

Warum wurde mit den Bürgermeistern der Gemeinden Neckargemünd und Sinsheim nicht das erforderliche Benehmen hergestellt?

Wann wurden die übrigen betroffenen Gemeinden informiert?

Wurden sie gefragt oder in welcher Weise wurde das Benehmen hergestellt?

Wann wurde die Polizei infor-

miert?

Wieviele Beamte kamen zum Einsatz?

Wie hoch waren die Kosten der Einsätze?

Wieviele Staatsschutzbeamte wurden eingesetzt und was war deren Aufgabe?

Wie hoch sind die Kosten dieser Einsätze?

Warum wurden Übungen in der atomwaffenfreien Zone der Gemeinde Meckesheim-Mönchzell zugelassen?

Gedenkt die Regierung weiterhin, a) Übungen in bestimmten Gemeinden geheimzuhalten?

b) Verstöße gegen das Abfallgesetz und das Naturschutzgesetz durch amerikanische Truppen zu decken?

c) Die Respektlosigkeit des Übens in atomwaffenfreien Zonen zuzulassen?

Wenn ja, mit welcher Begründung?

Wenn nein, wie gedenkt sie ihr Verhalten zu ändern?

Es wird beantragt:

Die Regierung möge

1. die zuständige Innenbehörde anweisen, die Gemeindevertretungen auf deren Gemarkungen die US-Truppen zu üben wünschen, sechs Wochen vor Beginn der geplanten Aktion zu informieren, damit in Verwaltung und Gemeinderat genügend Zeit bleibt, begründete Einwendungen zu formulieren, wenn sich dies als notwendig erweist.

2. Von den US-Truppen verlangen, daß diese die deutschen Gesetze (Abfallgesetz, Naturschutzgesetz) respektieren, bzw. wenn Verstöße vorkommen, die US-Truppen im Benehmen mit der betreffenden Gemeinde die Schäden, soweit möglich, wieder gutmachen (Wegräumen von Abfällen, landschaftspflegerische Maßnahmen bei Flurschäden auf nichtagrarischnutzten Flächen).

3. Übungen in den und Transporte durch die Gemarkungsgrenzen atomwaffenfreier Zonen nicht zuzulassen.

Begründung:

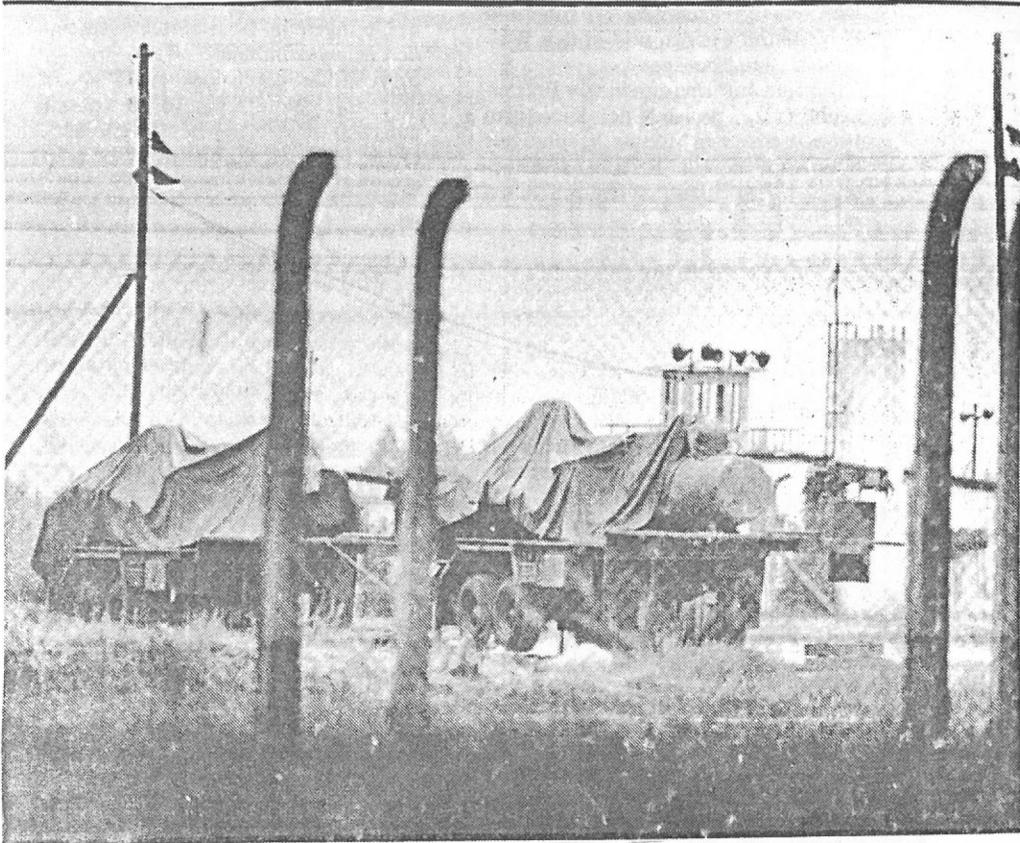
Die Pershing-Übungen im Kraichgau haben zu erheblicher Unruhe unter der Bevölkerung geführt und Befürchtungen aktualisiert, die verschiedenen Abschlußstellungen in den Wäldern der Gegend könnten den Kraichgau zu einem bevorzugten Ziel für einen sowjetischen Präventivangriff in einer weltpolitischen Krisensituation machen.

Die Behörden haben sich, auch nach den Versprechungen der Landesregierung vom 3. Oktober 1984 diesbezüglich vor dem Landtag, den US-Truppen gegenüber nicht durchsetzen können oder wollen, was die Einhaltung deutscher Gesetze betrifft.

Die Übungen bedeuten einen tiefen Eingriff in das Leben der Bevölkerung.

Bei Vorbereitung und Durchführung der Übungen werden Bestimmungen aus dem Zusatzabkommen zum Truppenstatut (§45, Unterrichtung der betroffenen Gemeinden) umgangen.

Zwar sind schon zwei Drittel des Waldes im Kraichgau unwiderruflich geschädigt, so daß in absehbarer Zeit die Raketen insbesondere Beobachtern aus der Luft nicht mehr verborgen werden können — ob andererseits diese Perspektive für die betroffenen Gemeinden, für Rüstungsgegner und Vertreter anderer Konzepte der Landesverteidigung eine eindeutig hoffnungsvolle ist, unterliegt begründeten Zweifeln.



Verunsichern jetzt auch die Straßen rund um Heidelberg:

Pershing-Transporter, hier im US-Depot Mutlangen.

Foto: Knapp

Tagebuch einer für uns ereignisreichen Woche

31.10.84: Beginn der Manöver

Freitag, den 2.11.84: Vormittags fahren aus den Depots Waldheide bei Heilbronn und Mutlangen insgesamt 24 Pershing II Raketen mit ca. 150 Begleitfahrzeugen in Richtung Nord-West. In Konvois mit je 3 Raketen beziehen sie in den Wäldern im Raum Pirmasens, Speyer, Heilbronn, Schorndorf, Stellung.
Ein großes Polizeiaufgebot und Straßensperren ermöglichten der US-Armee eine fast reibungslose Fahrt in die Manövergebiete. Als sich alle von Mutlangen kommenden Konvois auf der Raststätte Wunnenstein versammelten, brach dort das Chaos aus. Nach Informationen wurde auch der Rastplatz Kraichgau für Stunden teilweise für den zivilen Verkehr gesperrt.

Durch Telefonketten und Verfolgung der Konvois konnten an diesem Freitag bereits 5 Stellungen ausfindig gemacht werden. 3 Stellungen im Neckar-Odenwald-Kreis. Eine südlich von Speyer und eine im Pfälzer Wald. In dieser Stellung ereignete sich nach Augenzeugenberichten wieder ein Unfall mit Pershing II Raketen. Näheres ist nicht bekannt. Nicht alle Konvois konnten verfolgt werden, so daß wahrscheinlich einige Stellungen unbekannt bleiben.

Am Samstag 3.11.84 wurde eine weitere Stellung zwischen Barga und Kelteshausen im Schönen Forst bekannt.

Am Sonntagmittag um 14 Uhr verließ der Konvoi mit 3 Pershing II die Stellung am Garnberg und fuhr in ein Waldstück namens Hetzengrund,

zwischen Sinsheim und Waibstadt gegenüber der Kreismülldeponie. Schon am Montagmorgen konnte diese Raketeneinheit wieder beim Verlassen der Stellung beobachtet werden. Sie bezog Stellung im Großen Wald auf Hofheimer Gemarkung bei Sinsheim. Bereits am Sonntag bekamen die Soldaten der 56. Einheit in den Wäldern immer wieder unbequemen Besuch.

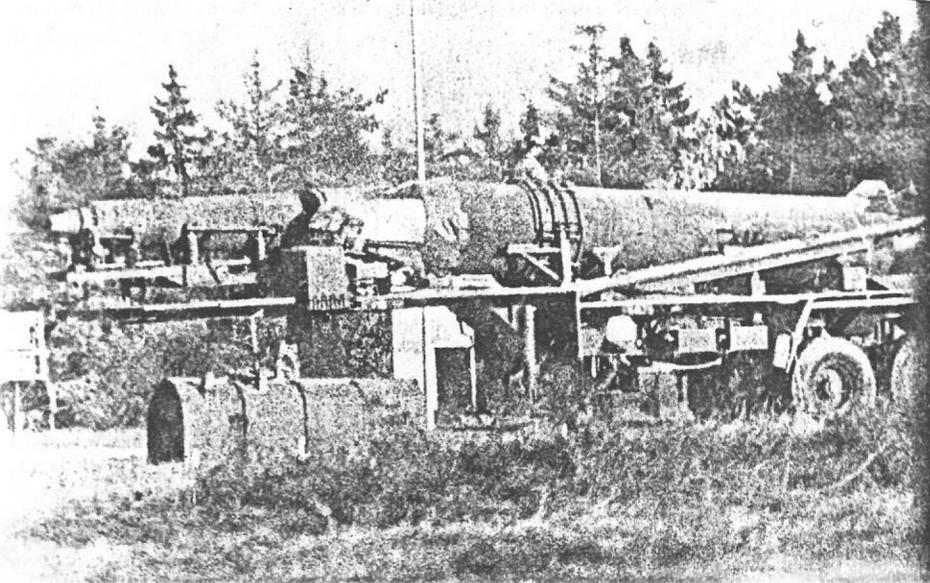
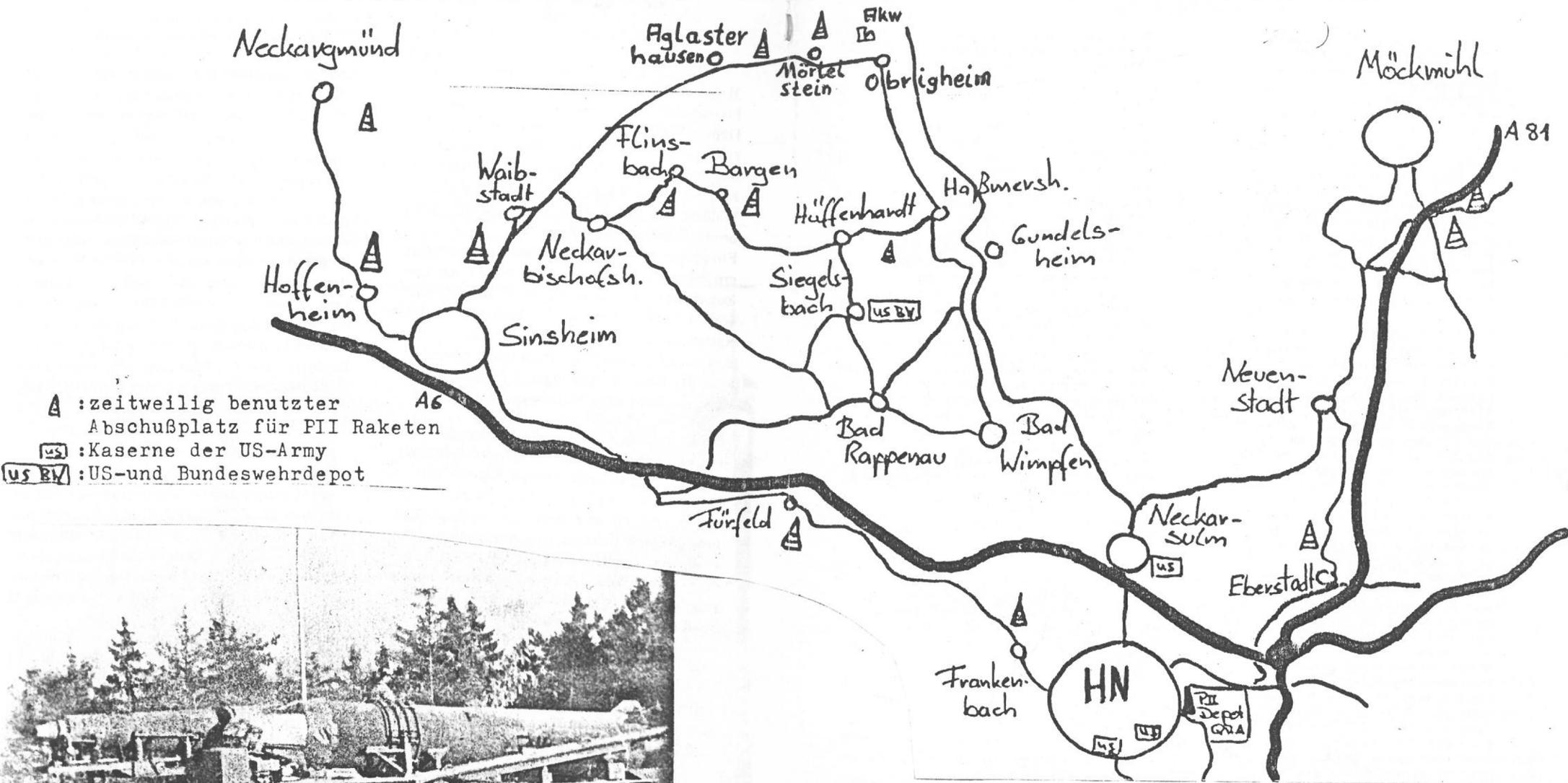
Am Montagabend trafen sich im kleinen Dörfchen Flinsbach ab 17 Uhr ca. 150 Leute. Es wurde deutlich gemacht, daß man mit einer Stationierung dieser Waffen, insbesondere jetzt in den Wäldern dieser Region, nicht einverstanden ist. Mit einem anschließenden Rundgang durchs Dorf wurde versucht, die Menschen aufzurütteln. Danach zogen ca. 70 Demonstranten mit Kerzen nochmals in den Wald hinauf zu den Stellungen. Unterwegs wurde ein US-LKW an der Weiterfahrt gehindert. Am Waldrand angekommen, sah man sich plötzlich 20 GI's, mit Gewehren bewaffnet, gegenüber. Sofort begann eine lebhaft Diskussions. Die anwesende Polizei befürchtete eine Konfrontation und schob eine Kette zwischen Demonstranten und GI's. Nach

1 Stunde zogen die Demonstranten wieder ab. Am Montag und Dienstag wurden von Friedensgruppen ca. 3000 Flugblätter in den betroffenen Regionen verteilt. Die Bevölkerung sollte damit auf das Treiben in ihren Wäldern aufmerksam gemacht werden. Am Montag stellte die FI Sinsheim Schilder in Hoffenheim auf: „Pershing II im Wald“.

Am Dienstag früh besuchte wieder eine 20-köpfige Gruppe die Amis im Flinsbacher Wald. Mit von der Partie diesmal auch ein Sternreporter. Am Dienstagabend die nächste Demonstration, diesmal in Hoffenheim. Um 17 Uhr versammelten sich dort etwa 70 Menschen. SPD-Stadtrat Hassert und Grüne - Stadtrat Hoffmann verurteilten im Namen ihrer Fraktion des Gemeinderates Sinsheim die Stationierung der Raketen im Wald und forderten eine schnelle Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone.

Am Donnerstag früh 9 Uhr rückte die US-Armee im Wald bei Hoffenheim wieder ab. Um 11 Uhr wurden sie bei der Einfahrt in die Waldheide beobachtet. Dort baute die US-Armee weitere 6 Pershing II Raketen zusammen.

Pershing II-Abschußstellen in unseren Wäldern



Die Militarisierung schreitet voran

Bericht über das

Friedensforum vom 24.-25.11.84

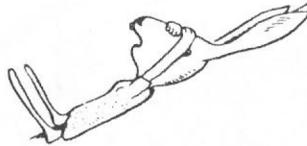
Am Anfang des Treffens von Friedensgruppen aus BA-WU stand ein Referat von einem Mitarbeiter des Mittel-Amerika-Komitees aus Stuttgart. Im Mittelpunkt seines Referats stand die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von der Friedensbewegung mit 3. Welt Gruppen und Solitaritätsgruppen. Die Aussage "Nie wieder Krieg" stimmt nicht, denn es herrscht Krieg. Durch die neue Strategien der USA, und zum Teil auch der Nato, sichert sich das westl. Bündnis ihre Einflußzonen, die Ausbeutung der 3. Welt durch Erpressung der UdSSR.

Als Unterstreichung seiner Aussage brachte der Referent Auszüge einer Analyse von Kissinger aus einer spanischen Zeitung der vorigen Woche. Kissinger stellte fest, daß Reagan eine Gelegenheit wäre, die Schwächung der USA in den letzten 2 Jahrzehnten zu überwinden. Es bestehe die Chance einer Offensive, in der durch Diplomatie, unterstützt durch die in den letzten 4-6 Jahren erreichte militärische Überlegenheit der USA, wieder nationale Interessen der USA vertreten werden. Der erste Testfall war die Stationierung der neuen Raketen in Europa, der zweite Testfall wird Nicaragua sein. In Nicaragua nicht einzugreifen hieße menschenfreundlich zu handeln.

Und das würde Schwäche bedeuten. Soviel zu Kissinger. Unsere Aufgabe sei, den Versuch der USA, Nicaragua zu isolieren, sowie den Versuch, hier an diesen Punkt die Solitaritätsbewegung zu spalten, entgegenzuwirken. Trotz aller Unterschiede muß man hier gemeinsame Solitarität zeigen. Denn wir sitzen im selben Boot.

Es folgte ein Referat von Dieter, der in der Koordinationsstelle "ziviler Ungehorsam" in Kassel mitarbeitet, über die Perspektiven der Friedensbewegung.

Er stellte fest, daß im Zuge der Schrumpfung der FB es 1985 wichtig sei, vor Ort zu arbeiten, um dort die regionalen und lokalen Zusammenhänge zu verfestigen. Er warnte vor Großveranstaltungen, da dies ein Auspowern der Bewegung bedeuten würde. Die Jahrestage 1985 (40. Jahrestag der Zerstörung Hiroshimas, 40. Jahrestag der Zerschlagung des Faschismus) und weitere Termine (Ostermarsch, im Mai Weltwirtschaftsgipfel in Stuttgart, Herbst 85 Lesung des Bundeshaushalts für 86, Stationierung der Cruise Missiles, Manöver 85), die Friedenswochen und Themen wie sozial. Streichungen, neue Strategien, Verweigerungskampagne-zivil. Verteilung, seien für eine Arbeit vor Ort gut geeignet.



Nach Arbeitsgruppen wurde bei einer abschließenden Podiumsdiskussion über das neue Zivilschutzgesetz deutlich gemacht, wie wirklich fast jede/r für den nächsten Krieg eingeplant ist, wie die psychologische Kriegsvorbereitung läuft und wie wichtig es ist, daß wir uns auch öffentlich dagegenstellen und klarmachen, daß wir da nicht mitmachen.

Regelmäßige Termine

- 3.1. "FI Lauffen", alle 14 Tage .1.+3. Donnerstag im Monat im Herzog Christoff 20 h.
- 7.1. "FI Öhringen", trifft sich 14tägig in der Gaststätte Schillerplatz um 20 h.
- 8.1. "FI NSU" trifft sich Dienstags im Jugendhaus NSU um 19 Uhr 30.

niemand

- 10.1. "FI Waldenburg", alle 14 Tage, Gaststätte Bergstüble 20 Uhr.
- 14.1. "AK Frieden, Umwelt, Theologie" im evang. Gemeindehaus Obereisesheim um 20 Uhr.

habe

- 16.1. "FI Schwaigern" 20 Uhr (Ort ?)
- 21.1. "Ohne Rüstung leben" jeden Montag in der Frankfurterstr. 16/1 bei Manfred Schorr 19 Uhr 30

Jeden Sonntag 14-17 Uhr auf der Waldheide Mahnwache

Jeden Mittwoch Treffen der "FRIDA" in der Werderstr. 142 um 20 Uhr.

"Weinsberger Bürger für den Frieden" jeden 1. Dienstag des Monats in der Gaststätte Weißes Lamm oder Post in Weinsberg.

wissen

Sage

- 8.1. "Kriegsdienstverweigerungsberatung" der DFG-VK immer Dienstags, Wilhelm-Waiblinger-Haus, 19h 30.
- 9.1. "FI Sinsheim" trifft sich 14tägig, Gaststätte Stadtpark, 20 Uhr.

er

- 14.1. "FI HN" alle 14 Tage im Eulenspiegel, 20 Uhr.
- 16.1. "Frauen für den Frieden" immer 14 tägig Mittwochs im Bella Donna, 20 Uhr.

nicht

"Pax Christi HN" treffen sich unregelmäßig. Kontaktadresse: Roland Braun Tel. HN/576185

Jeden Freitag 18-19h Schweigekreis für den Frieden vor dem alten Rathaus in Sinsheim

können

Veranstaltungen

7.1.-13.1.

Beobachtungswoche der FRIDA
Vorgänge auf der Waldheide
sollen ständig beobachtet
werden.

10.1.

1. Treffen des Mittelamerika-
komitees im OGB-Jugendheim
um 20 Uhr.

11.-13.1.

4. Friedenspolitischer Kongress
in Freiburg.

"Politik der Friedensbewegung"
Veranst.: AK für Friedens-
pädagogik in Freiburg
(Infos bei FRIDA)

11.1.-13.1.

Seminar: Gewaltfreier Wider-
stand und seine Folgen,
Jugendherberge in Schwäbisch
Gmünd.
Veranst.: Friedens- und Be-
gegnungsstätte Mutlangen e.V.
Tel. 07171/66181

15.1.

"Friedensrat" hat eine
Diskussion auf der Grund-
lage des HNER Manifests im
Haus des Handwerks, 20 Uhr

28.1.

Informationveranstaltung zum
"Entwurf eines neuen Zivil-
schutzgesetzes" mit dem
Schwerpunkt: Gesundheits-
wesen. Um 19h 30 in Weins-
berg/ Weißes Lamm

Ende Jan./Anfang Feb.

"Veranstaltung zu den neuen
Weltraumwaffen"

Referent: Dipl. Physiker
Scheffran Marburg

Veranst.: FI HN

Ende Jan./Anfang Feb.

Veranstaltung der FI Öhringen
Diskussion über Wege und
Ziele der Friedensbewegung.
Dia-Vortrag über die FB.
(näheres in der Tagespresse)



4. oder 6.2.
Stuttg. Plugscharprozeß
(Infos bei FRIDA)

6.2.

Eröffnung der Nicaragua-Aus-
stellung, OGB Gewerkschafts-
saal

5.2.

Trobador: Infoabend über
die Aktion Volksentscheid 20h

12.2.

FI NSU macht eine Veranstal-
tung gegen Wehrzeitverlänger-
ung und Zivildienstverlänger-
ung! Jugendhaus NSU 19h30

22.2.

Seminar zum Fasten im Raum
Stuttgart
Veranst. und Infos:
Arche-Gemeinschaft
Martin Koppolt, Heiligkreuz-
tal 25, 7940 Altheim

22.2.-24.2.

Seminar Kriegsangst und Kriegs-
gefahr im Schwarzhornhaus in
Waldstetten
Veranst.: Friedens-u. Begegn-
ungsstätte Mutlangen e.V.
Tel.: 07171/66181

26.3.

Info-Veranstaltung über die
Arbeit der Gruppe FRIDA
20 Uhr im Trobadour

6.5.

"Veranstaltung zum 40. Jahres-
tag der Befreiung des Faschis-
mus" Veranstalt.: FI HN

Bericht über das GA-Treffen am 15/16.12 in Stuttgart

An diesem Wochenende trafen sich
in Stuttgart im Forum 3 gewalt-
freie Aktionsgruppen aus Süd-
deutschland. Ich war für die
FRIDA dort und möchte euch fol-
gendes davon berichten:
Am Anfang des Treffens Berich-
teten die Teilnehmer von ihrer
Arbeit.

In Schwäb.Gmünd gibt es die
Plugschararbeiter: Sie arbeiten
halbtags, und die andere Hälfte
des Tages machen sie Friedens-
arbeit. Für GD ist genauso wie
in Heilbronn der Schwerpunkt
PII. Sie führen intensiven
Schriftverkehr mit der Richtern
und Staatsanwälten am Amtege-
richt GD, die zu Hunderten die
Blockierer verurteilen. Außer-
dem leisten sie Infoarbeit in
den Regionen, die von mobilen
PII Abschlußstellungen betrof-
fen sind. dies geschieht in
Zusammenarbeit mit der Presse-
hütte Mutlangen. In Vorberei-
tung dazu ist eine Dia-Serie



über das PII System, die Stra-
tegei, zivil. Ungehorsam und
über soziale Verteilung.
Außerdem wollen sie regel-
mäßig an GI's Flugblätter ver-
teilen.

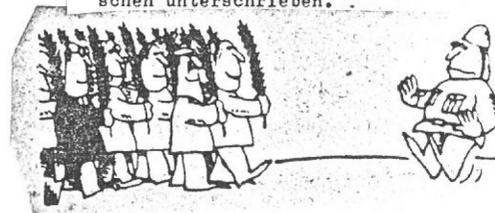
Der AK Frieden der Grünen aus
Stuttgart arbeitet in Moment
inhaltlich zum Zivilschutz.
Eine BG aus Stuttgart hat sich
den Schwerpunkt Verweigerungs-
kampagne gesetzt.

Die ca. 80 GA Gruppen aus Heidl-
berg scharen sich um den Friedens-
laden in HD. Schwerpunkte der
Arbeit sind Aktionen zum AKW
Philippsburg, Betreuung von einem
Totalverweigerer, Seminare, zivil.
Ungehorsam (so z.B. in Fulda
und Mutlangen), Rechtshilfe und
Öffentlichkeitsarbeit zur
Kriminalisierung, Öffentlich-
keitsarbeit zu den PII Manöver
im Rhein-Neckar- und Neckar-
Odenwald Kreis. Im Feb. 85 wird
ein Schwerpunkt das Wintex-
Manöver sein, das auch in HD
stattfindet.

Die Friedensgruppe in Back-
nang hat sich die Verbreitung
der Verweigerungskampagne und
Öffentlichkeitsarbeit zu Air-
Land-Battle zur Aufgabe gesetzt.
In Tübingen gibt es ca. 12 Be-
zugsgruppen und ein gut funktion-
ierendes Friedensbüro. Ein
Schwerpunkt im Frühjahr wird
Knaat und Öffentlichkeitsarbeit
dazu sein, da mind. 4 Leute in



diesem Zeitraum wegen ihrer
Teilnahme an Aktionen zivil.
Ungehorsams ins Gefängnis
kommen. Außerdem arbeiten sie
an einer Kampagne, in der
versucht wird, die gewalt-
freie Aktion als Lebensstil
gegen die Kriegsvorberei-
tungen zu verbreiten. Ver-
bunden ist damit ein Brief
an Kohl, indem man klar macht,
daß man mind. einmal im Jahr
blockiert, solange weiter auf-
gerüstet wird. Diesen Brief
haben bis jetzt über 100 Men-
schen unterschrieben.



Die GA-Gruppe Freiburg be-
reitet ein Flugblatt vor, in
dem Soldaten informiert werden,
wie sie legal und illegal
die Armee verlassen können.
Die GA's in Karlsruhe führen
regelmäßig bei bestimmten Ent-
scheidungen vor dem BVG Mahn-
wachen durch, so wie jetzt bei
der Organklage der Grünen.
Die Lehrer Gruppe macht
Aktionen vor Ort am Nato-
Flugplatz.



- „Ich schäme mich so! Ich habe Häuser kaputt gemacht!“
- „Ja, wenn wir erst die Neutronenbombe haben!“

Die Kontaktstelle für GA in Stuttgart konzentriert sich nach ihrer Arbeit zu den Fuldaaktionen jetzt auf den Komplex zivil-milit. Zusammenarbeit, Wintex-Manöver im Frühjahr 85 und neue Strategie, wie Air-Land-Battle. In Schwäb. Hall gibt es ca. 15 Friedensgruppen. Die GA macht antimilit. Arbeit in der Region und betreut ihre 3 Totalverweigerer in ihrer Gruppe.

So viel zu den einzelnen Regionen. Das ganze hat natürlich kein Anspruch auf Vollständigkeit.

In dem weiteren Verlauf des Treffens arbeiteten wir in 3 Arbeitsgruppen.

Die erste AG beschäftigte mit kurz- und mittelfristigen Perspektiven. Es gab zwei Ansätze: 1.) Was kann ich tun, wie kann ich mein Leben verändern und damit anderen ein Beispiel geben.

2.) Politische Zielrichtung der GA-Bewegung, Organisation des eigenen Handelns. Als Oberbegriff der Stoßrichtung der GA-Bewegung für die

nächsten 1-2 Jahre: Aufdeckung und Behinderung von Kriegsvorbereitungen. Dazu gehört z.B.: Die Kohl Brief-Kampagne (Verbindung persönlicher und politischer Weg), Aufbau von lebensbejahenden Zusammenhängen, Arbeit zu FII-Stationierung und den Transporten, Protest gegen den Neubau von Militäreinrichtungen, Info-Arbeit zu Wintex-Manöver usw. In der zweiten AG wurde die Repression des Staates erörtert.

- Repression allg.: Bespitzelung von Angehörigen, Behinderung von Berufsausführung.

→ öffentlich machen, Arbeitsplätze für Betroffene bieten (z.B. von DGB, Kirchen)

- Prozesse: mehr Öffentlichkeitsarbeit schaffen, Prozesse als Aktionsform nutzen

- Strafe: Bei Bezahlung der Geldstrafe Strafe vergesellschaften, Tagessätze verteilen.

Bei Knast starke Unterstützung von außen und Info-Arbeit.

Die dritte AG arbeitete direkt zu dem Wintex-Manöver. Folgender Vorschlag wurde ausgearbeitet:

- 1.) - Termin herausfinden, an der sich die Stadt beteiligt (wenn überhaupt)
 - Friedensinitiativen informieren
 - 2.) Kosten für Kommunen herausfinden und bekanntmachen
 - 3.) - Anfragen an Stadtverwalt.
 - persönlich an die Verantwortlichen
 - über die Grünen
 - "Stimmt es, daß..."
- allgem. Öffentlichkeitsarbeit
- Angestellte in der Behörde ansprechen und über den realen Hintergrund des Planspiels informieren
- über inoffizielle Wege Infos beschaffen

Ziel ist es, den Begriff Wintex-Manöver und die Hintergründe bekannt zu machen.

Die Zivilverteidigung ist ein Standbein der militär. Verteid., dies müßte problematisiert werden. Auch im Hinblick auf die drohende Einführung eines neuen Zivilschutzgesetzes.

Es muß klargemacht werden, daß diese Planungen nicht nur für den sogen. Verteidigungsfall, sondern auch für innenpolit. Unruhen eingesetzt werden sollen.

Friedensinitiative Neckarsulm

Vorschlag für eine Veranstaltung gegen die Verlängerung der Wehrzeit und des Zivildienstes

Ziel der Veranstaltung: Aufklärung u. Auswirkungen der Wehr- und Zivildienstverlängerung und die Organisierung des Widerstandes

1) Militärische Hintergründe:

- BW-Konzept im Rahmen von Air Land Battle, Rogers-Plan
- Geschichte von W 18
- Haltung der Parteien hierzu

2) Psychologische Kriegsvorbereitungen:

- Drill bei der Bundeswehr (Einsatz des Filmes: Soldier Girls)
- Gewaltdarstellungen im Video, Film, Musik usw.
- verstärkter Nationalismus im Sport, Schule usw.
- Zunahme und Duldung von Neonazis
- verstärkter Antikommunismus (DDR) u. Ausländerhetze

3) Auswirkungen der Maßnahmen:

- finanziell für die Allgemeinheit
- für die Soldaten
- für den Zivildienst u. andere Bereiche (Frauen zur BW)

4) Absicht der Maßnahmen:

- Antimilitarismusgedanken bei der Jugend zerstören
- Schlagkraft der Gruppe erhöhen
- länger Einflußnahme auf die Soldaten (psycholog. Kriegsvorbereitungen)
- Abbau demokratischer Rechte, wie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung
- allgemeine Militarisierung der Gesellschaft

5) Was dagegen tun?

- Aufklärungsarbeit über die wahren Hintergründe von W18
ZD 24
- das Thema besonders in Schulen, Jugendhäuser hineinragen
- Komitees gegen W 18 und ZD 24 gründen und unterstützen

Zu diesem Thema suchen wir Mitarbeit aus anderen Gruppen

Kontaktadresse: FI Neckarsulm Giesela Hermann
07132/37360

Verweigerungs- Kampagne

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung in Bonn "Arbeitsgruppe Verweigerungskampagne" hat im Herbst 1984 folgenden Aufruf herausgegeben:

VERWEIGERT JETZT !

AUFRUF ZUR VERWEIGERUNG ALLER KRIEGSVORBEREITUNGEN UND KRIEGSDIENSTE

Trotz millionenfachen Protests gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen und die damit verbundene Erhöhung der Kriegswahrscheinlichkeit haben sich die meisten Regierungen der Stationierungsländer und der USA über den Willen der Bevölkerung hinweggesetzt.

Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sowie die verstärkte konventionelle und chemische Aufrüstung sind Ausdruck einer neuen offensiven Militärstrategie der USA und zunehmend ihrer NATO-Verbündeten. Der Airland-Battle-Plan, die Kriegsführungs- und Enthauptungsstrategien in der "Verteidigungsrichtlinie" des Pentagon

Wir rufen zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste auf

Unser Ziel ist es, neben anderen Formen des gewaltfreien Widerstandes auch durch massenhafte und vielfältige Formen der Verweigerung militärische Offensivpläne von NATO und Bundeswehr zu durchkreuzen.

99 *Angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen.*

Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich auch im "Ernstfall" allen Befehlen widersetze, die meine Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen.

sowie der Plan von NATO-Oberbefehlshaber Rogers erhöhen insbesondere durch ihren Gesamtzusammenhang die Kriegsgefahr. Mit diesen Konzepten sollen militärische Konflikte in der Dritten Welt und in Europa mit konventionellen, chemischen und atomaren Waffen führbar und letztlich gewinnbar gemacht werden.

Diese Entwicklung lehnen wir ab. Aktives Handeln gegen diese wachsenden Kriegsgefahren ist das Gebot der Stunde. Deshalb rufen wir zur Verweigerung von Kriegsvorbereitungen in allen gesellschaftlichen Bereichen auf.

Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Verweigerung der Kriegsvorbereitung durch die Unterzeichnung folgender SELBSTVERPFLICHTUNG öffentlich zu machen:

99

Die Zustimmung zu dieser Verpflichtung erfordert entsprechend konsequentes Handeln. Formen der Verweigerung sind u.a.:

- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Soldaten und Wehrpflichtige
- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Reservisten
- Verweigerung aller bestehenden und geplanten Kriegs- und Kriegshilfsdienste durch Frauen
- Verweigerung jeglicher Wehrpflicht und Reservepflicht (Totalverweigerung)
- Verweigerung aller Tätigkeiten im Zivilschutz
- Verweigerung aller ABC-Abwehrausbildungen in Katastrophenschutz und Gesundheitswesen
- Verweigerung der Katastrophenmedizin und Gesundheitssicherstellung für den Atomkrieg sowie entsprechender Vorbereitungen hierauf
- Verweigerung der Mitwirkung an Kriegsgerichten
- Verweigerung von Wehrpropaganda und Wehrkunde an den Schulen und in den Medien
- Verweigerung von Rüstungsforschungen und Wehrkunde an den Hochschulen
- Verweigerung von militärischen und zivilen Überwachungsanordnungen
- Verweigerung von Kriegssteuerzahlungen
- Verweigerung aller in diesem Rahmen entstehenden Ausgaben und Maßnahmen in den kommunalen, Landes- und Bundesparlamenten.

Wir sind solidarisch auch mit denjenigen Menschen, die in der Bundeswehr und anderen gesellschaftlichen Bereichen aktiv gegen die Planung von Offensiv-Strategien und gegen die Vorbereitung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen politisch arbeiten und Widerstand leisten.

Der politische Preis für eine neue offensive Militärstrategie der USA und ihrer NATO-Verbündeten wird umso höher, je mehr Menschen ihrer Verweigerung weiteres friedenspo-

litisches Handeln folgen lassen, Alternativen entwickeln und öffentlich machen.

Die Verweigerungen werden den zuständigen Behörden angezeigt sowie auf örtlicher Ebene bekanntgemacht und in der Geschäftsstelle des Koordinationsausschusses gesammelt. Darüberhinaus wird es gemeinsame Aktionen der Verweigerer geben.

Die Verweigerungskampagne ist längerfristig angelegt und wird auch nur bei einem kontinuierlichen Dranbleiben über Jahre wirksam werden.

Ein erster Höhepunkt waren die Verweigerungstage vom 20-24. November 84, bei denen in 20-30 Städten der BRD Aktionen dazu stattfanden.

Wir (FRIDA) wollen im Frühjahr/Ostern in HN dazu etwas machen. Wir haben bisher Material gesammelt, aber speziell zu HN (z.B. Zivilschutz, Rüstungsproduktion) wissen wir nicht viel.

Einige Gruppen in HN haben schon Interesse an einer Mitarbeit gezeigt. Ein gemeinsames Treffen im Jan./Feb. zwecks Austausch und Koordinierung erscheint uns hierzu sinnvoll.

Falls ihr dazu mehr wissen wollt, oder Infos zu diesen Themen für uns habt, meldet euch bitte.

FRIDA

Wintex-Manöver

Heilbronn am Neckar

Stationierungsort von Pershing, II und Standort von 2 Atomkraftwerken (in Neckarwestheim und Obrigheim). Unsicherheitsfaktor: Zivilbevölkerung und sog. Widerstandsgruppen.

Zivilmilitärische Zusammenarbeit:

Wintex Manöver ist die einzige Übung, bei der die zivilmilitärische Zusammenarbeit Nato-weit geprobt wird. Die Übung erstreckt sich in der Regel über 14 Tage und findet alle 2 Jahre statt, als nächstens im Frühjahr 1985.

Das Besondere dabei: Es handelt sich dabei um eine Papier-Stabsübung. Dies heißt, die Offiziere und Einsatzstäbe simulieren von ihren Kommandostellen aus den Krieg. Alle Truppenbewegungen, Gefechte, Mobilmachungen, Verwaltungsmaßnahmen u.s.w. finden ausschließlich auf dem Papier statt b.z.w. Bildschirmstatt.

Charakteristisch für die Übungen ist, daß sie sich auf die Zeit vor dem Ausbruch von Kampfhandlungen konzentrieren, d.h. es geht nicht um den Schutz der Bevölkerung, sondern um die Einbeziehung aller, die man für Dienstleistungen gebrauchen kann.

Zum Beispiel:

Nutzung zivil-militärischer Hilfsquellen: Beschlagnahmungen und Arbeitsverpflichtungen. Dies geschieht durch die sog. Sicherstellungsgesetze, ein Begriff, der auf verwandte Bestimmungen im 1. Weltkrieg zurückgeht. Sichergestellt werden soll in erster Linie die Unterstützung der Streitkräfte mit zivilen Gütern und Leistungen.

Z.B. zivile Tankwagen, LKWs und Baumaschinen, oder Bereitstellungen von Besitzern von Lagerhallen, Speditionen, Baufirmen und Bauhöfe. Oder z.B. Arbeitssicherstellungsgesetz: Es soll dann, wenn keine freiwilligen Arbeitskräfte nach dem Arbeitsförderungsgesetz zur Verfügung stehen, Männer und Frauen in bereits bestehenden Arbeitsverhältnissen festhalten und Wehrpflichtige, im Verteidigungsfall auch Frauen, in neue Arbeitsverhältnisse verpflichten.

Das Ernährungs- und Verkehrssicherstellungsgesetz:

Die Stadt- und Kreisverwaltungen müssen im Alarmfall besondere Ernährungsämter einrichten, die dann die schon gedruckten vorrätigen Lebensmittelkarten ausgeben.

VSG: Dieses paßt den Verkehr an die Verhältnisse des Krisenfalles an. Z.B. der Bau und Ausbau von Umgehungsstraßen und Bahnlinien. Durch Ge- und Verbote wird der zivile Verkehr eingeschränkt.

Bevölkerungsbewegungen:

In allen Nato-Staaten gilt die Politik des Stay put = (Bleib zu Hause oder besser stirb zu Hause). Dies heißt, die Bevölkerung soll veranlaßt, im Ernstfall mit Waffengewalt dazu gezwungen werden, zu Hause zu bleiben, um die Operationsfreiheit der Streitkräfte nicht zu stören. In der BRD ist diese Politik in Paragraph 12 des Gesetzes über den erweiterten Katastrophenschutz seit 1968 festgeschrieben. Evakuiert werden lediglich die Zivilangehörigen der U.S. Streitkräfte.

Nachrichtenwesen:

Damit ist die offizielle Informationspolitik im Krisenfall gemeint. Im Klartext geht es um die Verpflichtung von Fernsehen, Rundfunk und Presse, Regierungsverlautbarungen zu verbreiten b.z.w. andere Nachrichten und Informationen zu zensurieren.

Fernmeldeangelegenheiten:

Auch die Post wird in die Pflicht genommen. Sie muß schon heute reservierte Leitungen bereithalten, die das Bundeswehrgrundnetz erweitern und ergänzen sollen, über das die Bundeswehr die Schalthoheit hat. Normale Postkunden brauchen nicht mehr bedient zu werden, private Telefonanschlüsse werden mit Ausnahmen einiger weniger, z.B. Ärzte, abgeschaltet.

Die Bundeswehr als Polizei:

Für diese und andere Fälle soll die Bundeswehr als Polizei nach Innen eingesetzt werden. Grundlage dafür ist zum einen das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivilen Wachtpersonen (UZwGBw) vom 12. August 1965, das den Streitkräften für ihren eigenen Schutz polizeiliche Befugnisse (Personenkontrolle, Festnahmen, Durchsuchungen) zubilligt und die Bundeswehr mit der Möglichkeit der Sperrung auch sonstiger Örtlichkeiten diese Polizeivollmachten praktisch überall anwenden kann. Zum Anderen ermöglichen die Notstandsgesetze von 1968 den Einsatz der Bundeswehr im Innern zum Schutz von zivilen Objekten und zum Kampf gegen Störer. (Paragraph 87 a GG)

Gesundheitssicherstellung:

Für diesen Bereich gibt es noch keine umfassende gesetzliche Regelung. Im Zivilschutzgesetz von 1976 ist allerdings schon die Sanitätsmittelbevorratung (in der Praxis z.B. große Mengen von starken Beruhigungsmitteln für Panikpersonen) und die Herrichtung von Hilfskrankenhäusern enthalten.

Kommunale Aufgaben:

Nach der Verabschiedung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen und der Notstandsorganisation auf Bundes- und Länderebene liegt jetzt der Schwerpunkt und die Hauptlast der zivilen Kriegsvorbereitung auf der unteren Verwaltungsebene, d.h. vor allem bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten. Hier trägt auf Grund besonderer Bestimmungen kein kommunales Selbstverwaltungsgremium, sondern der sog. Hauptverwaltungsbeamte, d.h. der Landrat, Oberbürgermeister, Oberkreisdirektor u.s.w. - die alleinige Verantwortung und trifft Entscheidungen.



Rechtshilfefond

Das Geld liegt auf der Bank - die Geschichte unseres Rechtshilfefonds

Vor einem Jahr:

einer der kleinen Höhepunkte des 'Heißen Herbstes '83' findet auf der Heilbronner Waldheid, dem Stationierungsort der Pershing 2, statt.

Ebenfalls vor einem Jahr:

In Anbetracht einer kriminellen Handlung wird von den Blockierern ein Rechtshilfefond gegründet, was heißt, ein Spendenkonto eröffnet.

Von der Polizei werden während der drei Blockadetage 56 Personen vorübergehend festgenommen.

Jetzt, nach einem Jahr:

Inzwischen werden die Blockierer wegen Nötigung zu einer Geldstrafe zwischen 200 und 600 DM verurteilt.

Von den betroffenen Heilbronnern nicht keiner den Rechtsweg, das Geld in Anspruch, d.h., bezahlt die Strafe.

Von den übrigen Angeklagten (sieben) ist bis heute 10.12.84 ein ähnliches Verhalten (Schuldeingeständnis) nicht bekannt. Fest steht lediglich, daß Theo Kröhnert aus Berlin, zur Zeit in Mutlangen, ein Verfahren auf sich nimmt.

Es wird unsererseits (die Kontoführungsberechtigten) noch ermittelt.

Kontostand 10.12.84: 5621.99 DM

DAS GELD LIEGT AUF DER BANK

Achtung! das ist jetzt ein Aufruf an alle die es angeht oder die glauben, daß es sie was angeht.

Was machen wir mit dem Geld? Bitte Nachdenken und dann melden bei Frida (Friedensbüro).

- die Kohlen nach Nicaragua
- die Kohlen für Frida
- die Kohlen bleiben rechtshilfefond